

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

69

Betreff: Drucksachennummer:
Immissionssituation in Hagen - Maßnahmen

Beratungsfolge:

UWA

SteA

BV-Mitte

BV-Haspe

Immissionssituation in Hagen - Maßnahmen

Vor dem Hintergrund der aktuellen Immissionslage und der abschlägigen Entscheidung des Fristverlängerungsantrages der Stadt Hagen durch die Europäische Kommission hat die Fraktion „Bündnis90Die Grünen im Umweltausschuss der Stadt Hagen“ gem. § 6 (1) der GeschO folgenden Vorschlag auf die Tagesordnung setzen lassen: „Immissionssituation in Hagen – Maßnahmen“. Mit dem Vorschlag soll nach eigenen Angaben die Diskussion eröffnet und verschiedene Handlungsoptionen geprüft werden. Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Bündnis90DieGrünen:

Nach den Informationen aus dem letzten UWA lag die Anzahl der Überschreitungstage im Bereich Feinstaub 2012 mit 37 um 2 zu hoch, allerdings müssen die Werte noch validiert werden. Im Bereich Stickoxide sind die gemessenen Konzentrationen (bis auf die Messstation Enneper Str.) mit einer 50% Überschreitung des Grenzwertes von 40 µg/m³ noch dramatischer.

Antwort der Verwaltung:

Die Jahreskenngrößen 2012 werden in Kürze vom Umweltministerium NW (MKULNV) veröffentlicht. Alle derzeit kursierenden Daten sind vorläufig und nicht validiert. Das Landesamt für Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV) bittet ausdrücklich darum, aus den vorläufigen Werten keine Schlussfolgerungen zu ziehen, sondern die Bekanntgabe der validierten Werte abzuwarten.

Bündnis90DieGrünen:

Aktuell wird berichtet, dass seitens der EU 33 Kommunen – darunter auch Hagen – eine Fristverlängerung zur Einhaltung des Grenzwertes für NOx verweigert wurde. Damit ist dringender Handlungsbedarf gegeben, denn sowohl die Bahnhofshinterfahrung als auch die Euro-6-Norm greifen nicht früh genug.

Antwort der Verwaltung:

Die EU hat für die Ballungsräume in NRW mit Ausnahme von Krefeld die Fristverlängerung zur Einhaltung der NO₂-Grenzwertes nicht gewährt. Ob die Europäische Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten, deren Fristverlängerungen sie nicht akzeptiert hat, ergreifen wird, steht in ihrem Ermessen und ist noch offen.

Die Bundesregierung, die Länder und Kommunen haben bisher erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Luftqualität unternommen und eine deutliche Reduzierung der Schadstoffemissionen erreicht. So hat beispielsweise der Bund die Verschärfung von Emissionsnormen bei Anlagen und Kraftfahrzeugen in Europa und national durchgesetzt und Nachrüstprogramme gefördert, die Länder und Kommunen haben lokale Maßnahmen umgesetzt. So hat die Stadt Hagen beispielsweise eine Umweltzone eingerichtet, die Busflotte der Hagener Straßenbahn AG vorzeitig umgerüstet und eine immissionsabhängige Verkehrsteuerung mit LKW-Routenkonzept umgesetzt. Eine tabellarische Übericht über den Umsetzungsstand des 28 Maßnahmen umfassenden Luftreinhalteplans Hagen ist als Anlage beigefügt (siehe Anlage 1). Trotz dieser Maßnahmen können die NO₂-Grenzwerte in naher Zukunft erst dann eingehalten werden, wenn eine spürbare Senkung der Emissionen des



Verkehrs erreicht wird. Es ist zu erwarten, dass sich die Situation in den hoch belasteten Innenstädten mit der Einführung der Abgasstufen Euro 6 für Pkw und Euro VI für Lkw sowie der Zunahme der Elektromobilität deutlich verbessern wird.

Bündnis 90Die Grünen:

Insgesamt geht es aber nicht nur um die Einhaltung des Grenzwertes, sondern um die Reduktion der Schadstoffbelastung für die Menschen, die in den betroffenen Bereichen leben und arbeiten.

Antwort der Verwaltung:

Das ist das Ziel der Grenzwerte!

Bündnis90Die Grünen:

Wir möchten mit diesem Vorschlag die Diskussion eröffnen und verschiedene Handlungsoptionen prüfen. Dazu gehören für uns:

- 1) Vorziehen des Fahrverbots in der Umweltzone für Autos mit roter und gelber Plakette
- 2) Erhöhung des Befolgsgrades z.B. bei temporären Sperrungen am Finanzamt und auch am Graf-von-Galen-Ring
- 3) Ganzjährliches LKW-Durchfahrverbot für das Stadtgebiet, Lieferverkehr erlaubt
- 4) Reduktion der Höchstgeschwindigkeit auf bestimmten Streckenabschnitten
- 5) begrenztes Einfahrverbot in die Innenstadt verbunden mit einer Stärkung des ÖPNV
 - z.B. im Wechsel nur gerade bzw. ungerade Nummernschilder
 - oder für SUVs
- 6) Begrenzung der Zahl der Osterfeuer und Konzentration auf einen Tag
- 7)?

Die Maßnahmen 1) (seit 1.2.2012) und 3) (seit 1.3.2010) stehen im LRP Stuttgart. Man erhofft sich dort (ähnliche Situation wie in Hagen) eine NOx-Reduktion um 22 – 35% (nach dem LRP Stuttgart und einer Studie der Universität Stuttgart, siehe <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/show/1308174/rps-ref541-luftreinaktionsplan.pdf>)

Antwort der Verwaltung:

Maßnahmen zur Reduktion des Verkehrs sind immer richtig. Das Vorziehen der grünen Umweltzone wird derzeit in NRW noch nicht betrachtet. Es gibt dazu weder aus Düsseldorf noch aus Berlin irgendwelche Äußerungen. Kommunalen Initiativen steht aber sicher niemand im Wege.

Bündnis90Die Grünen:

Mit der Maßnahme 4) wird in Stuttgart ebenfalls experimentiert

Antwort der Verwaltung:

Es wird unterstellt, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h gemeint ist. Die Geschwindigkeit wird am Standort Enneper Straße seit April 2012 überwacht. Inwieweit die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h und die Geschwindigkeitsüberwachungsanlage allein ursächlich für den Schadstoffrückgang ist, kann zurzeit nicht abschließend beurteilt werden. Das LANUV geht allerdings davon aus, dass sich durch die Geschwindigkeit-

regelung eine Verflüssigung des Verkehrs eingestellt hat und infolge die verkehrsbedingten Emissionen reduziert wurden.

Bündnis90Die Grünen:

Lt. WR von heute (1.3.2013) sind die SUVs besonders für den Ausstoß von NOx und Feinstaub verantwortlich

Antwort der Verwaltung:

Das konnte in NRW landesweit durch die LRP-Untersuchungen nicht festgestellt werden. In den Straßenschluchten sind am häufigsten die schweren Nutzfahrzeuge maßgeblich an den hohen Schadstoffkonzentrationen ursächlich beteiligt. Allerdings ist der Anteil der SUV's an der Fahrzeugflotte insgesamt gestiegen. Zudem sind diese Fahrzeuge überwiegend mit Dieselmotoren ausgestattet, die maßgeblich an den NOx-Emissionen beteiligt sind.

Bündnis90Die Grünen:

Für 2012 habe ich die Daten des LANUV zu den Feinstaubwerten am GvG-Ring geprüft. Überschreitungstage um und nach Ostern gab es nicht.

Antwort der Verwaltung:

Das liegt wahrscheinlich daran, dass sich die Feuer weit ab der Straßenschluchten befinden und sich die Emissionen dann im Hintergrund so stark verdünnen, dass sie am Hot Spot nicht mehr zugeordnet werden können. Bei Austauscharmen Wetterlagen kam es in den vergangenen Jahren allerdings landesweit häufig zu erhöhten Feinstaubkonzentrationen durch Osterfeuer. Das LANUV empfiehlt deshalb die sogenannten Brauchtumsfeuer auf öffentliche Veranstaltungen zu begrenzen.

Bündnis90Die Grünen:

Wir behalten uns vor, in der Sitzung weitere Anträge dazu zu stellen.

Antwort der Verwaltung:

Wie bereits weiter oben ausgeführt sind zusätzliche Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte dringend erforderlich. Ein Nachdenken über weitere Maßnahmen ist deshalb notwendig. Die Ergebnisse können in einen fortgeschriebenen LRP einfließen, für den eine aktuelle Datenbasis erhoben wird. Nach Bekanntgabe der validierten Messdaten 2012 wird das MKULNV entscheiden, ob die Bezirksregierung mit der Fortschreibung des LRP Hagen beauftragt wird.





Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

- Ja
 Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

**Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:**

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
